

Allianz für
Fortschritt
und Aufbruch



ALFA

Landesverband
Baden-Württemberg

Kurzfassung des Landtagswahlprogramms Baden-Württemberg 2016

Allianz für
Fortschritt
und Aufbruch



ALFA

Landesverband
Baden-Württemberg

Kurzfassung des Landtagswahlprogramms Baden-Württemberg 2016

UNSERE LEITMOTIVE

ALFA steht für repräsentative Demokratie, ergänzt um plebiszitäre Elemente, für Eigenverantwortung und sozialen Ausgleich, für souveräne Staatlichkeit und das Subsidiaritätsprinzip. Alle Staatsgewalt geht nur dann vom Volk aus, wenn die Bürger über Schicksalsfragen der Nation selbst entscheiden können. Wir fordern daher Volksbegehren und Volksentscheide auch auf Bundesebene. Wir schätzen die Zuverlässigkeit des Rechtsstaates ebenso wie den ständigen technischen Fortschritt, traditionelles Wertebewusstsein ebenso wie die Wandlungsfähigkeit einer aufgeklärten Gesellschaft. Wir fühlen uns als Europäer in einem Europa der Nationalstaaten. Wir sind offen für Zuwanderer, die unsere Lebensart bejahen und zu unserer Gesellschaft ihren Beitrag leisten wollen. Wir stehen für die gewachsene Identität der Menschen in Deutschland, die es zu bewahren lohnt. Was uns in der deutschen Politik unverwechselbar macht, ist unser Wertefundament. Werte weisen den richtigen Weg auch dann, wenn pragmatisches Handeln angesagt ist. Mit nachhaltiger und weitsichtiger Politik will ALFA allen Bürgern ein gutes Leben in Frieden, Sicherheit und Wohlstand auch in Zukunft ermöglichen.

BADEN-WÜRTTEMBERG IN EUROPA

ALFA steht zur europäischen Idee, weil wir diese aus politischen, historischen und wirtschaftlichen Gründen für richtig halten. Wir setzen auf Subsidiarität, Wettbewerb zwischen den Staaten und Eigenverantwortung der Länder für ihre Staatsschulden und Bankenrisiken. Wir wehren uns gegen noch mehr Zentralismus, Überharmonisierung und die Sozialisierung von Staats- und Bankenschulden. Die Einheitswährung Euro und die Gängelung der Menschen durch Verordnungen der Brüsseler Bürokratie führen nicht zur Einigung, sondern zu Zwist und Zwietracht in Europa. Wie sehen die Lösung in einer Reform der EU: Mehr Subsidiarität, funktionierende Parlamente in den Mitgliedstaaten, die auch Raum zur eigenen politischen Gestaltung haben, und eine Verkleinerung oder Auflösung des Euro-Währungsgebietes.

UNSERE WIRTSCHAFT – UNSERE ZUKUNFT

Wohlstand für breite Schichten der Bevölkerung ist nur möglich durch technologischen Vorsprung. Attraktive und unverzichtbare Importe müssen auch in Zukunft mit begehrten Exporten bezahlt werden können. Dies erfordert, unsere leistungsfähige und innovative Industrie in Baden-Württemberg dauerhaft zu erhalten, darunter die weltweit nahezu einzigartigen "Hidden Champions" des Mittelstandes. Der Staat muss durch sinnvolle Rahmenbedingungen und eine verlässliche Planung dafür

sorgen, dass Privatanbieter in Infrastrukturbereichen wie Energieversorgung und Telekommunikation hochwertige Leistungen erbringen können. Überall dort, wo der technische Fortschritt neue Lösungen hervorbringt, wollen wir Wettbewerb und Innovation fördern. Durch Abbau von Bürokratie wollen wir für die Unternehmen den Spielraum für Innovation und Ertragskraft erweitern. Wir fordern in der Energiepolitik, die absolute Priorität bei der Stromversorgung auf Versorgungssicherheit zu setzen und die weitere Subventionierung nicht grundlastfähiger Solar- und Windanlagen zu stoppen.

LEBEN UND ARBEITEN IN DEN REGIONEN – UNSERE STÄRKE

Der ländliche Raum in Baden-Württemberg soll ein attraktiver Lebensraum mit aktivem Dorf- und Gemeindeleben und funktionierendem gesellschaftlichen Zusammenhalt bleiben. Eine Politik, die sich mit der demografischen Schrumpfung im ländlichen Raum abfindet, halten wir für falsch und verantwortungslos. Zu den vordringlichen Infrastrukturaufgaben gehört für uns der unverzügliche Ausbau des schnellen Internets in allen Regionen unseres Landes. Wir fordern eine Stärkung der Funktionsfähigkeit der Rettungsdienste – damit die Lebensqualität auch im ländlichen Raum erhalten wird. Mediziner, die sich während des Studiums verpflichten, nach ihrer Ausbildung im ländlichen Raum zu arbeiten, sollen spezielle Stipendien zugutekommen. Die Infrastruktur von Arztpraxen in unterversorgten Gebieten soll dezentral in Verantwortung der Gemeinden und unterstützt durch Finanzmittel des Landes gefördert werden.

FREIHEIT STATT BEVORMUNDUNG

Wir sind für das Leistungsprinzip und gegen Quoten. Wir fordern den Verzicht auf Quoten im staatlichen und privaten Sektor. Nach der körperlichen Unversehrtheit ist das wichtigste Freiheitsrecht das Recht auf freie Rede. Ohne dieses Recht wird sich auf Dauer jede Gesellschaft an ihre Fehler und Schwächen gewöhnen und die Fähigkeit verlieren, sich zu modernisieren und zu reformieren. Es ist Kernaufgabe des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, die Bürger aktuell über das Zeitgeschehen zu informieren. Wir erkennen eine gigantische Vergeudung von Gebühreneinnahmen für eine Vielzahl redundanter Programme in Rundfunk und Fernsehen sowie einen erheblichen Mangel an Pluralismus. Wir fordern, dass die Aufsichtsgremien des öffentlich-rechtlichen Rundfunks daher nicht von Parteien oder Landesregierungen besetzt werden. Wir fordern eine kontinuierliche Kostensenkung, die es ermöglicht, die Gebühren lange Jahre stabil zu halten. Außerdem fordern wir eine Privatisierung des Zweiten Deutschen Fernsehens innerhalb einer Frist von 10 Jahren.

SICHERHEIT UND JUSTIZ – FREIHEIT GEDEIHT NUR DORT, WO ORDNUNG IST

Es ist Aufgabe der Politik, dafür zu sorgen, dass Staatsanwaltschaft und Polizei Recht und Ordnung tatsächlich durchsetzen können. Dafür müssen sie aber auch die erforderlichen technischen und personellen Mittel für rechtsstaatliche Aufklärung und Beweisführung erhalten. ALFA fordert, die permanente Überlastung unserer Polizisten zu beenden und zusätzliche Stellen im Polizeidienst zu schaffen. Gleichzeitig ist die Absenkung der Eingangsbesoldung wieder aufzuheben. Die Polizeipräsenz im öffentlichen Raum ist zu erhöhen. Wir fordern ebenfalls, einen Polizeibeauftragten beim Landtag einzusetzen, ähnlich dem Wehrbeauftragten für die Bundeswehr.

EINWANDERUNG STEUERN – ASYLRECHT BEWAHREN

Wir wollen eine Einwanderungspraxis, die sich an Bildung, Berufserfahrung, Sprachkenntnissen, dem Bedarf auf dem Arbeitsmarkt und einem klaren Bekenntnis zum Grundgesetz orientiert. Nichts unterstreicht den Willen und die Fähigkeit zur Integration besser, als wenn der Bewerber sich die Kenntnisse selbst angeeignet hat, die zu einer erfolgreichen Integration notwendig sind. Die Zweckentfremdung des Asylrechts zur Einwanderung ist hingegen zu unterbinden. Wir fordern daher ein Einwanderungsgesetz nach kanadischem Vorbild und die Möglichkeit, Asylanträge außerhalb der EU in den Botschaften der EU-Staaten zu stellen. Flüchtlingsprobleme sollen vorrangig in den Herkunftsregionen gelöst werden, auch mit unserer finanziellen Hilfe. Wir fordern einen besseren Schutz der Schengen-Außengrenzen und gezielte Überwachungsmaßnahmen an unseren Staatsgrenzen. Beim Asyl brauchen wir eine Obergrenze, diese sollte aber nicht starr sein, sondern sich flexibel an der jeweiligen Leistungsfähigkeit der aufnehmenden Kommunen orientieren. Die Kommunen wissen gut, wie viele Menschen in Not sie unterbringen, versorgen und integrieren können.

FINANZEN UND STEUERN – WER IN DER ZEIT SPART, HAT IN DER NOT

In vielen Staaten der Welt kann man beobachten, wie staatliche Schuldenfinanzierung auf Dauer die Kreditwürdigkeit der Staaten aushöhlt und ihre Investitionskraft beseitigt. Daher begrüßen wir es, dass sich das Land Baden-Württemberg ab 2020 dazu verpflichtet, keine neuen Schulden aufzunehmen. Wir unterstützen die Forderung des Bundes der Steuerzahler, einen neuen Paragraphen zum Tatbestand der "Haushaltsuntreue" einzuführen, welcher die mutwillige Verschwendung von Steuergeldern unter Strafe stellt. Wir fordern außerdem, den Länderfinanzausgleich im Sinne des Leistungsprinzips zu reformieren,

damit schlechter wirtschaftende Bundesländer die Mittel aus Baden-Württemberg investieren und nicht verkonsumieren. Bei den Investitionen sind sogenannte Public Private Partnerships auf Ausnahmefälle zu begrenzen, da hier oft keine Kostentransparenz besteht, langfristige Folgekosten nicht berücksichtigt werden und die Vergabekriterien den Mittelstand benachteiligen.

BILDUNG UND ERZIEHUNG – MUT ZUR VERANTWORTUNG

Für die Zukunft unserer Gesellschaft ist es erforderlich, über Bildung und Erziehung nicht nur Kenntnisse und Fähigkeiten an die jüngeren Generationen weiterzugeben, sondern auch die kulturellen Grundlagen des Lernens und Forschens, der Solidarität und der Fürsorge. Dazu gehören auch Disziplin und Fleiß, Ehrlichkeit und Beharrlichkeit, Höflichkeit und Verträglichkeit sowie Mäßigung und Verantwortungsbewusstsein. Wir erkennen die Begabungsvielfalt der Menschen an und machen diese zum Prinzip unserer Bildungspolitik. Es ist Aufgabe der Eltern, ihre Kinder bei der Entfaltung ihrer Begabungen zu unterstützen, und es ist Aufgabe der Bildungsinstitutionen, dafür differenzierte Angebote bereitzustellen. Sexualerziehung als intimes Feld ist mit Fingerspitzengefühl in der Schule altersgerecht zu vermitteln. Eine Überbetonung des Themas wie im derzeitigen grün-roten Bildungsplan lehnt ALFA ab. Nach Maßgabe der Elternnachfrage und der regionalen Möglichkeiten sind Ganz- und Halbtagschulen anzubieten, damit Wahlfreiheit gegeben ist. Die in Baden-Württemberg verfassungsgemäß verankerte Lehrmittelfreiheit soll gesetzlich gestärkt werden. Daneben ist auch ein kostenloser Schülertransport vorzusehen. Das Gymnasium als eigenständige Schulform muss erhalten werden. Anforderungen dürfen nicht wegen vermeintlicher Chancengleichheit abgesenkt werden. Die beruflichen Schulen sind technisch und personell besser auszustatten. Die vorgeschalteten allgemeinbildenden Schulen sollen die Ausbildungsreife im Blick behalten. Die Hochschulautonomie ist beste Gewähr für Innovation und Wissensfortschritt. Daher sind die Rechte der Fakultäten und Senate zu stärken. Sachfremde Einflussnahme durch Hochschulräte und Akkreditierungsagenturen sind kritisch zu überprüfen. Die Beschäftigung des akademischen Nachwuchses an den Hochschulen nach der Promotion muss neu geregelt werden. Dauerhafte Vollzeitstellen müssen überschaubare Lebensplanung und Familiengründungen ermöglichen.

FAMILIEN – GRUNDPFEILER UNSERER GESELLSCHAFT

Es ist das Natürlichste auf der Welt, dass jede Generation Kinder großziehen muss und dass die Kinder für ihre Elterngeneration sorgen. Eine Gesellschaft kann auf Dauer nicht auskömmlich und friedlich leben, wenn viel zu wenig Kinder geboren werden. Eine auf Stabilität gerichtete Familienpolitik ist daher ebenso legitim wie erforderlich. Die Leistung von Eltern angemessen anzuerkennen ist keine Diskriminierung anderer Lebensmodelle und anderer sexueller Orientierungen, sondern ethisch wie ökonomisch dringend geboten. Das steuerliche Existenzminimum von Kindern ist daher von Rentenversicherungsbeiträgen freizustellen, ohne dass dadurch spätere Rentenansprüche gemindert werden. Wir fordern, das Ehegattensplitting zu erhalten und um ein Familiensplitting zu ergänzen. Der Besuch von Regelkindergärten soll beitragsfrei sein. Bei der Förderung von Kleinkindern unter drei Jahren ist im Sinne des Subsidiaritätsprinzips die Erziehung in der Familie durch ein diskriminierungsfreies Landeserziehungsgeld zu würdigen.

LANDWIRTSCHAFT – UNSER TÄGLICH BROT

Wir setzen uns dafür ein, dass unsere Landwirte von ihrer Arbeit leben können. Förderprogramme und Subventionen können hier helfen, sofern Landwirte maßgeblich zum Erhalt der Kulturlandschaft beitragen. Dabei sollen Fördergelder weiterhin an Dienstleistungen für Umwelt- und Tierschutz gekoppelt bleiben. Zur Eindämmung der überbordenden Bürokratie, der die produzierenden landwirtschaftlichen Betriebe ausgesetzt sind, fordern wir eine eigenständige Ombudsstelle „Entbürokratisierung“. Wir sind dafür, dass Saatgut, welches keinem Sortenschutz unterstellt ist, von jedermann angebaut, vermehrt, verkauft und getauscht werden kann. Wir fordern ein praxisgerechtes und unbürokratisches Jagdrecht unter Berücksichtigung des breiten Erfahrungsschatzes der betroffenen Jäger, Grundbesitzer, Förster und Landwirte. Gentechnisch veränderte Lebensmittel sollen darüber hinaus klar als solche gekennzeichnet werden.

ALFA – FÜR AUFBRUCH UND FORTSCHRITT IN BADEN-WÜRTTEMBERG

Wir arbeiten zielstrebig an neuen Lösungsansätzen für eine zukunftsorientierte Bildungsoffensive, für florierende Städte und Regionen, in denen freie und selbstbestimmt wirtschaftende Bürger für sich und künftige Generationen sorgen können. ALFA folgt dem Leitmotiv, den demokratischen Rechtsstaat, die Soziale Marktwirtschaft sowie den wissenschaftlichen und technischen Fortschritt als Garanten für unseren Wohlstand zu sichern und auch in Zukunft zu erhalten und zu gestalten.

Stuttgart, im Januar 2016

ALFA. Die **wählbare** Alternative.

Allianz für
Fortschritt
und Aufbruch



ALFA

ALFA – Allianz für Fortschritt und Aufbruch
Landesverband Baden-Württemberg

Holderäckerstr. 8
70499 Stuttgart

Tel. 0711 93 32 37 83
Fax 0711 94 54 48 90

geschaeftsstelle@alfa-bw.de
alfa-bw.de